Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 44 (1950)
Heft: 10

Artikel: Blick auf die Kirchen
Autor: Balscheit, Bruno
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139399

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

schen Anthropologie herleiten und etwa an der (so unthomistischen!) Gestalt des Erasmus von Rotterdam erläutern dürfen.

Ein Protestant würde etwa den frühen Luther, vor dem Umschwung in den Bauernkriegen und dem Übergang zur eigenen Kirchengründung, in Gemeinschaft mit dem sanften Mitkämpfer Melanchthon wählen. Ein moderner Inder würde von Buddha und Gandhi, ein russischer Christ etwa von Soloview und Tolstoj zu reden haben. Mir möge es erlaubt sein, die Beispiele aus meiner eigenen religiösen Überlieferung, der jüdischen, zu entnehmen, und zwar nicht so sehr aus der Bibel, die zum Menschheitsbuche werden durfte, sondern aus der spezifischer jüdisch gebliebenen mündlichen Tradition, wie sie sich in Sagen und Gesetzen, in Midraschim und im Talmud niedergelegt hat. Gerade die vergleichsweise Enge der Herkunft solcher Belegstellen wird ihren Beweiswert für die weltweite Geltung eines religiösen Humanismus nur erhöhen.

Ernst Simon.

(Fortsetzung folgt.)

Blick auf die Kirchen

Viel mehr als in früheren Jahren hören wir heute von kirchlichen Kundgebungen zu den Zeitereignissen. Was geht eigentlich vor, wenn eine Kirche, das heißt ihre Beauftragten oder mit besonderer Verantwortung versehene Stellen derselben ein Wort zum aktuellen Geschehen erläßt? Die erste Frage heißt: An wen richtet sich dieses Wort?

Oft richtet es sich an die Außenstehenden, an die Menschen außerhalb der Kirchenmauern, an die Ungläubigen. Das mag zunächst ganz sinnlos scheinen, hat aber im Grunde dennoch eine wirkliche Berechtigung. Denn wo der Glaube an die Herrschaft Gottes, an die Herrschaft Christi lebt, da kann der Anspruch nicht aufgegeben werden, daß das Wort dieses Herrn überall gehört werden müsse. Dieses Reden an die Außenstehenden hat oft etwas Rührendes an sich. Das war wohl schon bei Jesajas Rufen an die Assyrer, bei des Franziskus Worten an die Mohammedaner so. Um dieses Glaubens an die Weltherrschaft Christi willen ist es grundsätzlich denkbar, daß auch heute etwa westliche Kirchen ihr Anliegen, die Freiheit des Individuums, den außerkirchlichen Machthabern des Ostens und östliche Kirchen das ihre, die soziale Gerechtigkeit, den außerkirchlichen Kreisen des Westens zurufen. Als Untertöne sind solche Ansprüche in der Korrespondenz zwischen den Patriarchen von Moskau und dem Erzbischof von Canterbury vernehmbar gewesen. Hinter den eigentlich Angesprochenen wurden die Kreise visiert, die indirekt erreicht werden sollten.

Der kirchliche Anruf an die Außenstehenden ist einerseits durch den Glauben an das Reich Christi über alles verklärt, anderseits durch die

Tragik überschattet, daß diese Worte meist ungehört verhallen oder gar mit bitterem Hohn zurückgeschickt werden. Wenn darum ein solcher Anruf gewagt wird, so wird auch sein Mißlingen immer wieder getragen werden müssen. Daß alle Völker der Erde sich das Recht Gottes von Zion her weisen lassen, ist eine eschatologische Verheißung. Kirchen, die die Außenstehenden mit einem göttlichen Rechtsanspruch anreden, müssen durch diese Spannung zwischen dem, was ist, und dem, was sein sollte, dazu gedrängt werden, das ihre zu tun, damit die Völker zum Zion strömen, damit sie das bei den Kirchen selber vorhandene neue Leben, die dort gewagte Verwirklichung göttlicher Forderungen erkennen und danach zu dürsten beginnen. Der Appell an die Außenstehenden muß so lange ohne Antwort bleiben, als die rufenden Kirchen wohl den Splitter im Auge des Angerufenen, nicht aber den Balken im eigenen Auge sehen.

Öfter als die Außenstehenden sind die eigenen Glieder, die Menschen innerhalb der eigenen Mauern angerufen. Weil Bruderdienst am Menschen auch mit dem Wort zu geschehen hat, kann auch solches Reden ein legitimes Anliegen sein. Wesentlich bleibt aber die Frage, um wessentwillen der Anruf ergeht. Redet die redende Kirche um der Kirche oder um des Menschen willen? Das ist hier das entscheidende Kriterium. Die Bibel kennt weder im Alten noch im Neuen Testament einen Anruf an Menschen um der Kirche willen. Sie kennt keinen Selbstzweck der Institution. Die moderne Kirchengeschichte kennt das wohl, kennt die Kundgebungen Roms zum Heiligen Jahr, die Dogmatisierung von Mariä Himmelfahrt und die päpstliche Encyclika gegen die Auflockerung des strengen Thomismus. Hinter diesen Botschaften und Kundgebungen steht als Leitmotiv der Glaube an die Herrlichkeit und Dauer der Kirche. Soll der Anruf an den Menschen, an die eigenen Glieder der Kirche wirklich sinnvoll, wirklich evangelisch ergehen, so muß dabei die eigentliche Not dieses Menschen ernst genommen werden. Würde eine Kirche nur zu ihren Gliedern reden, um sich selber ein Alibi oder eine Dauer zu verschaffen, so würde sie wohl scheinbar zu den Menschen reden, in Wirklichkeit aber einen Monolog sprechen, dessen Echo einmal von schaurigen, hohlen Wänden des Todes zurückschallen muß.

Die wirkliche Rede an den Menschen, wo sie als kirchliche Stimme ergeht, muß darum auch das vermeiden, was ein Parteiaufruf allenfalls noch tun kann: Sie muß darauf verzichten, die Zustimmung und Sympathie der Angeredeten zu gewinnen. Sie muß es in den Kauf nehmen, Illusionen zu zerstören, sie muß es wagen, mitten in der Zeit gegen die Zeit zu reden.

Hier ist nicht mehr einfach ein Rührendes dabei, das durch die tragische Erfolgslosigkeit geschaffen wird; hier ist vielmehr ein Unheimliches lebendig, das schon über den Worten der Propheten lag, etwa über der Botschaft eines Jeremia an die Deportierten in Babel, über seiner Zerstörung der lieben Illusionen. Die Botschaft der falschen Propheten

kann demgegenüber viel lauter sein, sie kann direkt rasen, aber es fehlt ihr dieses Zeitenfremde, dieses Unheimliche, das allein in die Welt des Banalen einen Strahl verzehrenden Feuerlichtes wirft.

Kirchliche Kundgebungen, die diesen Namen verdienen, die so den Menschen und seine Not auf der einen Seite und die aufgetragene Botschaft auf der anderen Seite ernst nehmen, sind in den letzten Wochen verschiedentlich ergangen. So hat die Deutsche Bekenntniskirche zu den Fragen der Wiederaufrüstung Stellung genommen. Einem Wort des Bruderrates vom 29. September entnehmen wir folgendes:

Seit Jahren hat die EKiD in wiederholten feierlichen Erklärungen zum Ausdruck gebracht, daß die gewaltsame Aufteilung Deutschlands eine ständige und akute Friedensbedrohung darstellt. Sie hat ebenso unmißverständlich erklärt, daß auf eine gewaltsame Änderung dieses Zustandes keine Hoffnungen gesetzt werden dürfen: «Auf der Gewalt ruht kein Segen» (Synode von Eisenach 1948). Schließlich hat sie durch den Mund ihres Rates aus Anlaß des Kirchentages in Essen ausgesprochen: «Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir das Wort nicht reden, weder was den Westen noch was den Osten anbelangt.» Das gilt im gegenwärtigen Augenblick für die Aufstellung deutscher Verbände innerhalb einer westeuropäischen Armee nicht weniger als für die Schaffung einer eigenen deutschen Wehrmacht. Dies gilt in der gleichen Weise für alle ähnlichen Bestrebungen auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhangs. Die Evangelische Kirche hat damit ohne Zweifel die Überzeugung und den Willen der überwiegenden Mehrheit des gesamten deutschen Volkes bekundet.

Wir Menschen in Europa haben heute eine große Verantwortung. Keine Macht und Gewalt kann uns das Erbe unserer abendländischen Vergangenheit erhalten, wenn wir nicht dieses Erbe in unserer Mitte wieder lebendig und wirksam werden lassen. Unser Miteinanderleben in Freiheit und Gerechtigkeit ist aufs Äußerste bedroht, wenn wir eine Freiheit wollen unter Vernachlässigung der sozialen Gerechtigkeit oder wenn wir soziale Gerechtigkeit wollen unter Preisgabe der Freiheit. Nur beides miteinander, Freiheit und Gerechtigkeit, ermöglicht ein menschenwürdiges Dasein.

Man wird uns die Freiheit, deren wir uns im westlichen Teil des deutschen Landes rühmen, solange nicht wahrhaft glauben können, wie wir die großen sozialen Ungerechtigkeiten nur zögernd und unzulänglich angreifen: die schwerwiegende Frage des Loses der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, der Arbeitslosigkeit, des Jugendelendes. Wir werden der Freiheit den besten Dienst tun, wenn wir unsere Kräfte darauf konzentrieren, die hier liegenden Aufgaben zu lösen: echte Gleichberechtigung aller Staatsbürger, Lastenausgleich für Flüchtlinge und Ausgebombte, Arbeit für das Heer der Arbeitslosen, Mitbestimmung der Arbeitenden, Lehrstellenbeschaffung für Hunderttausende unbeschäftigter Jugendlicher. Dazu rufen wir alle Verantwortlichen und Regierungsstellen im Westen des deutschen Landes auf.

Wenn wir so zu zeigen vermögen, daß unsere Freiheit die soziale Gerechtigkeit nicht ausschließt, sondern vielmehr fordert, werden wir Festigkeit gewinnen gegenüber einer verführerischen Ideologie, die die Freiheit des Menschen für eine angebliche soziale Gerechtigkeit verkauft. Mit Verbotsmaßnahmen allein wird man dieser Gefahr niemals Herr werden können.

Ähnlich lautet der Inhalt eines Offenen Briefes an den Bundeskanzler Adenauer:

Angesichts der Wiederaufrüstung, die unter Ihrer Autorität allenthalben mit Hochdruck anläuft, müssen wir Sie fragen:

1. Sie haben als Bundeskanzler die Bereitschaft erklärt, im Rahmen einer europäischen Armee deutsche Truppenkontingente zur Verfügung zu stellen. Wer hat Ihnen das Recht zu einer solchen Erklärung gegeben?

Als die Bevölkerung Westdeutschlands 1949 ihre Vertreter in den Bundestag wählte, der Ihnen das Kanzleramt übertrug, gab sie damit weder den Mitgliedern des Bundestages noch Ihnen den Auftrag, uns wiederaufzurüsten. Wir stellen fest: Die Wiederaufrüstung geschieht nicht im Namen des deutschen Volkes, sondern in Ihrem eigenen Namen und Auftrage Ihrer Befehlsgeber gegen den Willen eines großen Teiles unseres Volkes.

2. Wir haben zuverlässige Nachricht, daß am 1. Oktober 1950 Generale der alten deutschen Wehrmacht in einem Organisationsstabe die Aufstellung eines deutschen Truppenkontingentes begonnen haben und die Rüstungsindustrie entsprechende Aufträge erhielt. Dies alles geschieht nach monatelanger Vorbereitung hinter dem Rücken des deutschen Volkes, das im unklaren gelassen wird, wie weit hier ohne seinen Willen Tatsachen geschaffen wurden, die nicht wieder rückgängig zu machen sind. Ist das die Demokratie, in der wir leben sollen und wollen? Dieses Verfahren bringt unser Volk wieder in die Gefahr, ohne gefragt zu werden von seinen Politikern und von Generalen der alten deutschen Wehrmacht auf die Schlachtfelder geführt zu werden.

Wir fordern Sie daher auf, den Weg für Neuwahlen des Bundestages freizumachen, in denen das deutsche Volk selbst entscheidet, ob es wiederaufgerüstet werden will.

Sie sollen wissen, Herr Bundeskanzler, daß wir die über den Kopf unseres Volkes hinweg geschaffenen Tatsachen nicht anerkennen. Wir werden nichts unterlassen, um alle, die unsere Stimme erreicht, über diese Vergewaltigung unseres Volkes aufzuklären.

Und schließlich entnehmen wir einer Handreichung der Gemeinden seitens der Bruderschaften der Bekennenden Kirche folgende Weisungen:

Allen Deutschen ist heute die Frage der Wiederaufrüstung mit größter Dringlichkeit vorgelegt. Die *Entscheidung* hierüber ist so folgenschwer, daß sie nicht allein der Regierung überlassen werden darf, ohne daß die gehört werden, welche die Folgen zu tragen haben. Die Entscheidung ist aber auch so ernst, daß die Gemeinden sie nicht einfach dem schwachen oder starken Gewissen des Einzelnen auf dem versuchsreichen Kampffeld der öffentlichen Diskussion anheimstellen dürfen. Wir wenden uns darum an alle Gemeinden mit der Bitte, aufrichtig nach Gottes Willen zu fragen, und dabei unsere Gründe und unsere Entscheidung zu hören. Wir bitten die Pfarrer, die Gewissen zu unterrichten und zu stärken, denn die Versuchung ist groß. *Wir können und dürfen jetzt nicht schweigen zu all der heimlichen und offenen Verführung, die heute — oft sogar unter Mißbrauch des Wortes Gottes — geschieht, damit wir nicht alle unversehens mitgerissen werden auf einen Weg der Verblendung und des Unheils.*

Zwei Großmächte rüsten widereinander um des Gegensatzes ihrer Meinungen über Gerechtigkeit und Freiheit willen. Dieser Gegensatz hat unser Volk in zwei Teile zerrissen, die nun durch die Rüstung zu zwei Heerlagern gemacht werden sollen. *Beide Teile werden umworben und gedrungen, an diesem Konflikt teilzunehmen und so sich gegenseitig selbst zu Feinden zu werden in trotziger Abwehr oder gar in dem Willen, durch gewaltsamen Zugriff die Vereinigung im Sinne der einen oder anderen Macht zu erzwingen.*

Noch sind wir arm und ohnmächtig, denn Gott hat uns die Waffen zerschlagen, die von uns zu Mitteln der Macht mißbraucht worden sind. Gott hat uns gewiß nicht dazu so furchtbar gedemütigt und doch noch gnädig erhalten, daß wir rasch wieder nach Reichtum und Macht trachten, ohne in Geduld *einen neuen Weg zu suchen und zu gehen,* um als Volk und Staat zu gesunden in Rechtschaffenheit und Zucht, in Menschlichkeit und Liebe...

Mag uns durch Gottes Güte im Westen auch wieder und noch — wer weiß wie lange? — mehr Freiheit und bessere Lebensmöglichkeit beschert sein als den Deutschen im Osten, so sind es dennoch *fremde Händel*, in die wir uns mischen, wenn wir uns dem Westen verschreiben und damit auch die Ostzone zwingen, sich entweder von uns gewaltsame Befreiung zu erhoffen oder sich gegen uns in die Kaserne und aufs Schlachtfeld führen zu lassen. Um so mehr würde auch die Ostzone gegen uns erhitzt werden, und so noch mehr den Bestrebungen der Remilitarisierung der Westzone Vorschub leisten.

Seit wann haben wir solch einen armseligen Gott, der keine andere Möglichkeit hätte, einem ohnmächtigen und gespaltenen Volk zu helfen als die, daß er es an zwei feindliche Weltanschauungen, Staats- und Wirtschaftssysteme ausliefern müßte?

Wir sind nicht dazu in die Mitte gestellt und gespalten, daß wir auseinanderstreben und jeder sich vor den Wagen fremder Interessen und Weltbilder spannen läßt. Nur wer Angst hat oder seine Hoffnung auf Gewalt setzt, verfällt dem törichten Dogma, als gäbe es nur eine Wahl zwischen Osten und Westen und als müßten wir das kleinere Übel wählen.

Wir können und sollen uns heraushalten aus diesem Streit der Großen.

Wir wollen da, wo wir sind, einander helfen, ein stilles und friedliches Leben zu führen. Wir glauben deshalb in der Beugung unter Gott aus unserer politischen Einsicht für die heutige Lage unseres Volkes Folgerungen, die unser Gewissen binden, ziehen zu müssen und erklären:

Fremde Händel!

1. *Wir Deutschen müssen uns aus dem Konflikt der Weltmächte heraushalten. Wir dürfen nicht für die eine oder andere Seite Partei nehmen,*

a) denn es handelt sich in diesem Konflikt um den Kampf von Ideologien. Christen können die Rettung ihres Volkes nicht vom Sieg einer Ideologie erwarten. Wir setzen unsere Hoffnung allein auf den Herrn. In den *Kreuzzugsparolen* sehen wir Verführung. *Der Mythos des christlichen Abendlandes* muß von der aus Gottes Wort lebenden Kirche als romantische Tarnung säkularer Machtpolitik abgelehnt werden.

b) Wer Partei nimmt, wird zum Vasallen eines der ideologisch bestimmten Machtblöcke.

c) Wer sich in diesem Konflikt einseitig für eine der beiden Großmächte festlegt, wird zur Rüstung gezwungen. *Die Möglichkeit eines «gerechten Krieges»* ist uns Deutschen heute schlechterdings *nicht gegeben.*

d) Wir sehen die Unwahrheit, die in der Propaganda beider Gegner zutagetritt. Auch die Erkenntnis dieser Unwahrheit verbietet die Parteinahme.

«... nicht durch Rosse und Wagen»

2. *Wir lehnen eine Remilitarisierung Deutschlands ab, weil wir im Glauben an Jesus Christus weder von fremden Militärmächten noch von irgendeiner militärischen Macht die Hilfe für unser Volk erhoffen.*

a) Diese Ablehnung ist nicht begründet in antimilitaristischem Ressentiment oder auch im Ressentiment gekränkter Soldatenehre.

b) In dieser Ablehnung glauben wir *mit der Mehrheit des deutschen Volkes* einig zu sein. Soll die demokratische Verfassung unseres Staates nicht zur bloßen Fassade werden, darf eine solche folgenschwere Entscheidung wie die Wiederaufrüstung nicht gegen die Mehrheit des Volkes gefällt werden. Die Remilitarisierung gegen den Willen des größten Teiles des Volkes würde statuieren, daß die Freiheit, die verteidigt werden soll, bereits verloren ist.

c) Wenn Deutschland eine Wehrmacht zur Verfügung stellte, würde es dadurch nicht den Frieden erhalten, *sondern den Krieg herausfordern, denn ein Rüstungspotential ist keine ruhende Macht, sondern eine dynamische Kraft, die zur Anwendung drängt.*

d) *Wir sind nicht Vertreter eines politischen Pazifismus,* aber wir müssen damit rechnen, daß eine *Remilitarisierung* in der heutigen Lage *unvermeidlich verbunden ist mit einer radikalen Zerreißung Deutschlands.* Sie hätte Bürger- und Partisanenkrieg zur Folge. Die Strategie der verbrannten Erde würde ein kriegführendes Deutschland zum Trümmerhaufen machen.

e) Deutschland darf darum auch nicht den Versuch machen, gegen die Bereitstellung von Truppen neue Souveränitätsrechte einzutauschen, so daß es in die Reihe der Weltmächte als gleichberechtigtes Mitglied eines der beiden Machtblöcke eintreten könnte. *Von der Remilitarisierung ist letzten Endes der Krieg und vom Kriege nichts als Zerstörung zu erwarten.*

f) Jedermann wird schon durch *vernünftige Erwägungen* dahin gelangen, in der Ablehnung der Remilitarisierung die rechte Entscheidung nüchternen politischen Denkens zu erkennen.

g) Im Glauben erkennen wir, daß uns Deutschen jetzt der Weg der Machtpolitik verwehrt ist; Wiederaufrüstung aber wäre das Beschreiten dieses uns verbotenen Weges.

Kriegsdienstverweigerung!

h) *Darum verweigern wir in der heutigen Lage Deutschlands den Kriegsdienst ohne Rücksicht darauf, ob das Recht dazu verfassungsmäßig gesichert bleiben wird oder nicht.*

Wir ermuntern jedermann, mit gutem Gewissen dasselbe zu tun. Wir bitten alle, sich für die Erhaltung dieses Rechtes in den Verfassungen der Bundesrepublik und der Länder einzusetzen. Wer infolge der Verweigerung des Kriegsdienstes Schaden an Leib, Ehre oder Gut erleidet, darf der Fürbitte und Hilfe der christlichen Gemeinde gewiß sein.

i) Wir muten es den *Brüdern in der Deutschen Demokratischen Republik* zu, nicht auf *gewaltsame* Befreiung zu hoffen und bitten sie, ihre bürgerliche Freiheit nicht von einem *Krieg* zu erwarten. Ebenso sollten die *Heimatvertriebenen* im Glauben auf die Hoffnung verzichten, ihre verlorene Heimat *durch Krieg* wiederzugewinnen.

k) Krieg wäre heute für uns Deutsche Verleugnen der Buße und des Glaubens. *Ein kommender Krieg würde nur Vernichtung bringen. Niemand im Osten oder im Westen Deutschlands kann bei der Teilnahme an diesem Krieg der Weltmächte ein gutes Gewissen haben.*

Polizeistaat oder verkappte Wehrmacht?

3. Gegenüber der geplanten *Polizeiverstärkung* ist zu fragen, ob diese nur dem Schutz der *Rechtsordnung* dienen soll. Es besteht die Gefahr, daß der Staat sich zum Macht- und Polizeistaat entwickelt. In einem guten Staat soll soviel Recht als möglich und nur soviel Macht als nötig geübt werden.

Ein Polizeistaat ist ein schlechter Staat

Westdeutschland sollte nicht anfangen, sich das von ihm bisher bekämpfte Prinzip der Deutschen Demokratischen Republik zu eigen zu machen. Wir erkennen an, daß zur Erhaltung der Ordnung und zur Bekämpfung des Verbrechens eine Verbesserung der polizeilichen Organisation und eine Erweiterung der Vollmachten der Polizei notwendig sind, doch sind heute bereits die Stimmen zu hören, die eine verstärkte Polizei als politisches Machtmittel der Regierungsparteien oder auch der Opposition wünschen. Darin wird die Tendenz zu einer politischen Polizei deutlich, die nach dem in ihr liegenden Gesetz zur Form der *Gestapo und NKWD,* also zur administrativen Auflösung der Rechtsordnung, drängt.

Die Forderung der Verstärkung der Polizei wird durch eine *Propaganda* unterstützt, die durch Übertreibung der kommunistischen Bedrohung im Innern eine poli-

tische Willensbildung der Öffentlichkeit erstrebt. Wir müssen jeder Forderung gegenüber bedenklich sein, die durch unwahre Behauptungen unterstützt wird.

Die Polizei zu verstärken und eine Wehrmacht zu schaffen, wäre die Wiederholung des gefährlichen Weges der Remilitarisierung zwischen 1920 und 1935.

Rüstung führt zum Kriege

4. *Jede Förderung der Rüstung ist abzulehnen, weil Ansammlung von Kriegsmaterial zum Kriege führt, von dem keine Hilfe für die Menschen erwartet werden kann.* Wird Deutschland die Lieferung von Kriegsmaterial befohlen, so kann es sich höchstens der Gewalt fügen wie in der Frage der Demontage. Wir dürfen uns nicht um Rüstungsaufträge um des momentanen Lohnes oder Gewinnes willen bemühen. Eine Förderung der Wirtschaft oder die Behebung der Arbeitslosigkeit davon zu erwarten, wäre ein Selbstbetrug. *Rüstungsgewinne sind keine Vermehrungen des Volksvermögens; Gewinne aus unproduktiver Arbeit führen zu Preissteigerung und Inflation.*

Das politische Ziel der Rüstung muß der Glaube ablehnen; die wirtschaftliche Sinnlosigkeit der Rüstungswirtschaft muß aber auch jeder vernünftigen Überlegung einsichtig werden. Lediglich der Egoismus einzelner Wirtschaftsgruppen, der das Ganze der Wirtschaftsordnung aus dem Auge verliert, kann die Rüstungsproduktion fordern.

Die Flucht vor der sozialen Aufgabe

5. *Gott hat uns in seinem Gericht die soziale Not als Aufgabe gegeben. In den fünf Jahren seit dem Zusammenbruch haben wir diese Aufgabe nicht gelöst. Wir stehen in der Gefahr, uns vor der Inangriffnahme der sozialen Fragen heute in die Rüstung zu flüchten.*

Anstatt unsere letzten Pfennige für die Wiederaufrüstung auszugeben, sollten wir sie für die *Lösung der Flüchtlingsfrage, den sozialen Wohnungsbau und die Ausbildungshilfe für die arbeitslose Jugend verwenden.* Dringlicher als die Rüstung sind uns die Fragen der sozialen Neuordnung, des Mitbestimmungsrechtes, des ausgeglichenen Preis- und Lohngefüges und des sozial gerechtfertigten Kreditwesens.

Wir müssen der Versuchung widerstehen, der Not der Arbeitslosen, der Jugend und der Flüchtlinge durch eine sogenannte Ankurbelung der Wirtschaft durch Rüstungsproduktion zu begegnen.

In ähnlichem Geist gehalten ist auch eine katholische Stimme, die der «Katholischen Jungen Mannschaft», die in ihren Arbeitsblättern ausführt:

«Im deutschen Westen ist zwar das Problem der Bildung eines neuen Europa als die wesentliche politische Frage erkannt; aber der Weg von der Erkenntnis bis zur Verwirklichung scheint auch hier sehr, sehr lang zu sein. Er ist es insbesondere auch deshalb, weil die zündende Idee fehlt, die die Gemüter in ganz Europa beflügeln könnte, sich ans Werk zu machen. Statt dessen ist dieses Europa nur von der Angst besessen, ob und wie es sich gegen den Osten verteidigen könne. Aus dieser Angst geboren sind alle Pläne über eine «Remilitarisierung» Westdeutschlands, die immer wieder erörtert werden, und die staatspolitischen Betrachtungen und moraltheologischen Erwägungen über die Probleme der Verteidigung, die in der Presse erscheinen, deuten darauf hin, daß auch die Gewissen tief beängstigt sind von den Möglichkeiten kommender Auseinandersetzungen. Von wesentlicher Bedeutung ist hierbei die Haltung christlicher Persönlichkeiten und Organe, weil an ihnen die Zeichen der tiefgehenden Unklarheit wie der moralischen Verworrenheit besonders erschreckend sichtbar werden.

Mit der Erörterung abstrakter Moralgrundsätze, die von mancher christlichen Seite betrieben wird, ist dieser Gegensatz zwischen Krieg und Christus auch nicht mehr zu überbrücken. Denn was soll es mir helfen, wenn ich weiß, daß der Staat ‚die Ordnung und die Freiheit verteidigen' soll, aber sie nur noch mit ungerechten, ja satanischen Mitteln verteidigen kann? Dann stehe ich als Christ wieder vor der Gewissens-

frage: Heiligt der Zweck die Mittel? Und die Beantwortung dieser Frage wird mir doppelt schwer, weil ich weiß, wie traurig es um die «Ordnung» und die «Freiheit» bestellt ist, die da mit Atombomben verteidigt werden sollen.

Mit Waffen keine Gerechtigkeit

Alle diese Fragen einer Remilitarisierung und einer Verteidigung Europas offenbaren heute die Unmöglichkeit, mit Waffen Gerechtigkeit zu schaffen. Wenn ein Jahrhundert lang schuldhaft versäumt worden ist, soziale Gerechtigkeit zu schaffen, dann darf man in den Atombomben ganz gewiß nicht das radikale Mittel zur Schaffung solcher Gerechtigkeit erblicken.

Auf welchem anderen Weg will Europa den ihm auferlegten Kampf bestehen, wenn nicht auf dem Weg des Gebetes? Mit welcher anderen Hilfe will es siegen, wenn nicht mit der Jesu Christi? Das setzt aber voraus die Absage an Mittel und Wege, die vom Satan angeboten werden. Der Christ kann nicht zwei Herren dienen. Die radikale Absage an die Waffen sieht nur so aus, als ob sie «pazifistische Schwärmerei» wäre! Sie ist es aber keineswegs. Sie ist nur die entschiedene Abwendung von einem ‚schlechten Gesetz', aus dem Heil niemals erwachsen kann; denn Christus hat am Kreuze gesiegt.

So steht Europa heute am Scheidewege.

Welches der beiden Gesetze nun gewählt wird: das des Kreuzes oder der Atombombe —, das entscheidet über Heil und Unheil Europas. Jeder Einzelne hat diese Entscheidung in seinem Gewissen auszutragen. Europa ist die Wallstatt des persönlichen Gewissens oder es ist wert — zugrunde zu gehen.»

Zur anderen großen Not unserer Zeit, zur antikommunistischen Hysterie, welche Vernunft und Seele verwüstet, zitieren wir die Stimme der amerikanischen kirchlichen Zeitschrift «Church of England in Newspapers», die zur Annahme des Antikommunistengesetzes durch den amerikanischen Kongreß ausführt:

«Was immer den Kommunisten den Schein einer Minderheit verleiht, die, mit dem Rücken gegen die Wand, gegen die Mächte der Unterdrückung kämpft, das dient ihrer Sache. Ob die Kommunistische Partei (aus diesem Verbot) nun einen Gewinn ziehe oder nicht: der böse Geist der Gegenwart, der dem Kommunismus die Rolle zudachte, die schlimmsten Seiten der modernen Zivilisation ins politische Gespräch einzuführen ..., hat ohne Zweifel einen Erfolg zu buchen. Die Vereinigten Staaten stehen dem Kommunismus jetzt einen Schritt näher, nicht dem Namen nach — dafür ist der böse Geist zu schlau —, aber der Sache nach... Daß der (amerikanische) Kongreß dem Mob in seinem Drang nach Hexenjagd, seiner Furcht und seiner Intoleranz nachgab, dies mußte am meisten Anlaß zu Besorgnissen geben.»

Zum neuesten Produkt der schweizerischen Spielart des Antikommunismus, zum Bundesratsbeschluß gegen die Kommunisten im Staatsdienst, welcher in der Praxis wohl bisher keine großen Auswirkungen gehabt hat, aber grundsätzlich einer verhängnisvollen Willkür die Türe öffnet, darf vielleicht als kirchliche Stimme die Erklärung der welschschweizerischen protestantischen Zeitschrift «Le Messager Social» genannt werden, die zum erwähnten Bundesratsbeschluß ausführt: «Die Bewunderer der Sowjetunion haben kein Recht, gegen diese Maßnahmen zu protestieren, die nur ein schwacher Abglanz dessen sind, was ständig durch Moskau praktiziert wird. Aber die Schweizer Bürger haben die Pflicht, gegen einen so schwerwiegenden Eingriff gegen die Freiheit im Lande der Frei-

heit selbst zu protestieren. Methoden, die im Ausland unseren Abscheu erwecken, müssen ebenso bei uns Abscheu erregen ... In der Schweiz war die Schar der Kommunisten wenig zahlreich. Sollen wir ihr erlauben, die Märtyrerrolle zu spielen und so vielleicht weite und unverdiente Sympathien zu erwerben? Das Volk verurteilt diese Ungerechtigkeit und bedauert diese Ungeschicklichkeit, die unverzüglich korrigiert werden muß.»

Auch kirchliche Stimmen sind menschliche Stimmen, denen die Vollkommenheit mangelt. Die Worte der deutschen Glaubensgenossen etwa bedürfen wohl noch einer Weiterführung. Die Ablehnung der Remilitarisierung und die Verweisung der Anstrengungen auf das soziale Gebiet lassen die Frage nach der rechten Verteidigung noch offen, welche einmal doch nötig werden könnte. Und die wahren Worte gegen die verwüstende Hysterie heilen die schon verwüsteten, eben dem vernünftigen Wort nicht mehr zugänglichen Seelen kaum. So kann wohl irgendein hochmütiger Vollkommenheitsglaube auch solche Äußerungen noch als unvollkommenes Stückwerk kritisieren. Der demütige Blick derer allerdings, die in einer Talmiwelt nach echten Stücken suchen, wird, wenn er allem zum Trotz und gar noch in den Kirchen solche findet, ein wenig froher und ein wenig dankbarer in die Zukunft blicken.

Bruno Balscheit.

WELTRUNDSCHAU

Die Wendung in Korea

Früher, als wir erwartet hatten, ist Nordkorea unter dem übermächtigen Druck der riesenhaften amerikanischen Militärmaschine zusammengebrochen. Unser Septemberheft war noch nicht einmal in den Händen der Leser, da war bereits bei Inchon jene Landung starker amerikanischer Streitkräfte erfolgt, die — militärtechnisch eine glänzende Operation — die Amerikaner in den Rücken der tief in Südostkorea stehenden nordkoreanischen Armee bringen sollte und dann auch tatsächlich deren völligen Zusammenbruch herbeiführte. Schlag auf Schlag wurde die nordkoreanische Front zertrümmert; nach kurzem Zögern drangen die sogenannten UNO-Truppen in Nordkorea selber ein und brachen unter Anrichtung furchtbarster Zerstörungen jeden Widerstand der verwirrten, zersprengten und materialarmen kommunistischen Armeereste. Kurz: wenn auch noch mit einem länger dauernden Kleinkrieg gegen nordkoreanische Freischärler in den Bergen zu rechnen ist, wie ihn seinerzeit auch die Japaner zu führen hatten, so ist doch — wenn nicht im letzten Augenblick die Chinesen oder gar die Russen eingreifen — die Niederlage der Nordkore-